

Chinesische Delegation zu Besuch

BRUNSBÜTTEL

Die Entwicklungsgesellschaft Westholstein hat am Dienstag eine Delegation aus China empfangen. Die Stadtpolitik begrüßt das generell – mahnt aber zur Vorsicht.

Von Brian Thode

Bei dem Besuch sei es um einen Gedankenaustausch und eine Besichtigung des Chemcoast Parks gegangen, teilt die egw mit. Zeitgleich empfing am Dienstag Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) den chinesischen Außenminister Qin Gang, Finanzminister Christian Lindner (FDP) hingegen wurde kurzfristig von der chinesischen Regierung ausgeladen.

Die Delegation aus Chengdu, Hauptstadt der Provinz Sichuan, folgte einer Einladung der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein (WTSH). „Bei den Teilnehmenden der Delegation handelte es sich um hochrangige Entscheidungsträger und Wirtschaftsförderer, die sich vor allem über alternative Energieformen und Fragen des Umweltschutzes informieren wollten“, teilt die egw mit. Die Beziehungen

zur Provinz Sichuan wurden 2017 in einer Kooperationsvereinbarung zwischen Brunsbüttel und der Stadt Guang'an festgehalten. Mehrfach fand seitdem ein Dialog statt.

Bürgermeister Martin Schmedtje ging bei seiner Begrüßung unter anderem auf die Bedeutung des Standorts für die überregionale Energieversorgung ein. Im Anschluss stellte die Geschäftsführerin der Entwicklungsgesellschaft Westholstein, Martina Hummel-Manzau, die Arbeit der Egw vor. Zum Abschluss konnte auf einer Busrundfahrt durch den Chemcoast Park die Entwicklung des Standorts vor Augen geführt werden.



Eine chinesische Delegation wurde am Dienstag unter anderem von egw-Geschäftsführerin Martina Hummel-Manzau (Fünfte von links) und Bürgermeister Martin Schmedtje (Siebter von links) empfangen. Foto: egw

Eine gute Vernetzung mit anderen Regionen und ein regelmäßiger Austausch sei zum Nutzen aller Beteiligten, so Kristian Hamel, Ansiedlungsberater bei der WTSH. Die Egw will sich auf konkrete Nachfrage nicht zu einer Einordnung in die aktuelle politische Lage äußern. „Wir sind als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die regionale Entwicklung zuständig. Bei Delegationsbesuchen werden keine politischen Ziele verfolgt“, so Sprecherin Sabine Höhnke. Martin Schmedtje sieht den Termin als wichtig an, um weiter im Gespräch mit China zu bleiben. Die Stadtpolitik steht dem Besuch angesichts der politischen Großwetterlage zwiespältig gegenüber. Einerseits sei Dialog wichtig, andererseits müsse dieser mit Bedacht erfolgen und dürften westliche Werte nicht über Bord geworfen werden, so der Tenor.

„Ich sehe das realistisch, wir können China nicht ignorieren“, sagt die SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Schmidt-Wessel. Schließlich sei Deutschland eine Exportnation. Dennoch müsse man das Thema mit

Vorsicht genießen. „Probleme müssen angesprochen werden.“ Bürgervorsteher Michael Kunkowski (CDU) sieht das ähnlich. „Miteinander zu reden ist wichtig. Wir sind eine Außenhandelsnation.“ Man könne voneinander lernen. Deutschland dürfe aber seine eigenen Ideale nicht aufgeben, zudem müssten neue Märkte erschlossen werden, um die Abhängigkeit von China zu verringern. „Wir müssen extrem vorsichtig sein“, mahnt Grünen-Spitzenkandidatin Martina Girkens. Es dürfe kein Wissensabfluss wie beispielsweise in der Windenergie oder der Solarindustrie vorstatten gehen. „Man sollte miteinander sprechen, aber sich nicht versprechen.“ Der FDP-Politiker Oliver Kumbartzky mahnt einen selbstbewussten und realistischen Umgang mit China an. „Wirtschaftliche Beziehungen sind wichtig und notwendig, allerdings sollten wir gerade jetzt China nicht zu sehr hofieren.“ Liberalen Werte sollten immer vorne an stehen, so der Landtagsabgeordnete. „Wenn China sich ändert, muss sich auch die China-Politik ändern.“ Horst Muschel hält es für wichtig, mit China im Gespräch zu bleiben. „Ein Austausch ist positiv anzusehen“, so der Spitzenkandidat der Grauen Panther.

KOMMENTAR

Dialog mit klarer Haltung

Von Brian Thode



Miteinander reden ist richtig – insofern ist ein Austausch mit chinesischen Funktoren nicht verkehrt. Doch die eigenen Werte müssen im Blick bleiben. Menschenrechtsprobleme und die ambivalente Rolle Chinas im Ukrainekrieg müssen angesprochen werden.

Die Egw macht es sich zu einfach, wenn sie behauptet, Wirtschaftsförderung verfolge keine politischen Ziele. Wirtschaft und Politik lassen sich nie klar trennen, erst Recht nicht im Umgang mit Autokratien. Welche Folgen das Augenschließen haben kann, führt uns das Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit vor Augen. Naiver Kapitalismus hat dazu geführt. Ohne Kooperation wird es nicht gehen – aber mit Bedacht auf die eigenen Sicherheitsinteressen.